

Kinderkrankenhaus

Keine kleinen Erwachsenen

Anpassung der DRGs an Kindermedizin gefordert



Kinder benötigen soziale Betreuung und mehr Pflege.

Foto: Peter Wirtz

Der höhere Aufwand bei der Behandlung und Pflege von Kindern im Krankenhaus spiegelt sich in der australischen DRG-(Diagnosis Related Groups)Systematik nicht wider. Das erklärte Jochen Scheel, Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft der Kinderkrankenhäuser und Kinderabteilungen in Deutsch-

land e.V., (GKind), auf einer Fachtagung in Bielefeld. „Kinder und Jugendliche sind keine kleinen Erwachsenen.“ Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus 23 Fachgesellschaften, beschäftigt sich mit der Anpassung des DRG-Systems an die Besonderheiten

der Kinder- und Jugendmedizin bis zur Einführung 2003. Sie fordert unter anderem die Aufteilung in Altersgruppen; nicht weniger DRGs als für Geriatrie-Patienten vorgesehen sind, das heißt mindestens 72 Fallgruppen. Kinderklinikspezifische Zu- und Abschläge, die den höheren Personalauf-

wand berücksichtigten, seien erforderlich. Kinder und Jugendliche benötigen soziale Betreuung und mehr Pflege; medizinische Verfahren seien aufwendiger. Die Besonderheiten von Perinatal- und Neonatalzentren müssten ebenfalls berücksichtigt werden. Infos im Internet: www.gkind.de

Nationaler Ethikrat

„Beratender Charakter“

Schröder betont die Aufgaben des Gremiums.

Der Nationale Ethikrat hat in seiner ersten Arbeitssitzung die Deutsche Forschungsgemeinschaft aufgefordert, die Entscheidung über den Import embryonaler Stammzellen bis Dezember zu verschieben. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hatte zuvor in seiner Rede erklärt, dass die Debatte über die Gentechnik nicht unter Zeitdruck geführt werden dürfe.

Aufgabe der Ratsmitglieder sei es, Informationen bereit zu stellen, bei der Verbreitung dieser Informationen zu helfen, Empfehlungen auszusprechen und Einfluss auf die öffentliche Debatte zu nehmen,

erklärte Schröder. Es werde aber nicht erwartet, dass der Ethikrat neue Maßstäbe für die rechtlichen Rahmenbedingungen der Nutzung von Gen- und Biotechnologie setze. Diese seien bekannt; zu allererst hieße das: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Die Empfehlungen des neuen Expertengremiums sollten nicht die Entscheidungen von politisch verantwortlichen Institutionen ersetzen. Es gehe darum, „eine Ethik des Heilens und des Helfens mit der Achtung vor der Schöpfung und den Schutz des Lebens in Einklang zu bringen“, erklärte der Kanzler.

Die Einrichtung des Ethikrates war von der Bundesregierung am 2. Mai beschlossen worden; ihm gehören 25 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft an. Die Geschäftsstelle ist bei der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften angesiedelt.

Ernährungstherapie

Leitfaden Qualitätszirkel

Aufbau eines Netzes von qualifizierten Beratern

Qualitätszirkel in der Ernährungsberatung sollen zuweisenden Ärzten, Krankenhäusern ebenso wie Krankenkassen und Verbrauchern Sicherheit bei der Suche nach qualifizierten Ernährungsberatern bieten. Freiberufliche Oecotrophologen, Diätassistenten und Ärzte haben sich im Qualitätszirkel Ernährungsberatung und -therapie Nordrhein bereits zusammengeschlossen. Die Zirkel dienen dem fachlichen Austausch, der internen Fortbildung und der Qualitätssicherung gemäß den Kriterien des Institutes für Qualitätssicherung in der Ernährungstherapie und -beratung e.V. (Quetheb) und

den Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. Zur Gründung weiterer Qualitätszirkel in



Richtig essen will gelernt sein. Eine Oecotrophologin klärt auf.

Foto: Peter Wirtz

Deutschland hat die Oecotrophologin Dr. Gerta van Oost einen Leitfaden geschrieben. Dieser ist erhältlich bei Quetheb e.V., In den Kreuzäckern 16/1, 72072 Tübingen.

Arzneimittel

Positivliste doch eher?

SPD-Politiker sieht Wirtschaftlichkeitsreserven.

Möglicherweise soll eine Positivliste für Arzneimittel doch eher verabschiedet werden als bisher vermutet. Dies kündigte Peter Schmidt, Bundestagsabgeordneter der SPD-Fraktion, beim Symposium des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie in Berlin an. Am 29. Juni soll die zuständige Kommission nach seinen Angaben eine Vorschlagsliste vorlegen, die dann sofort ins Anhörungsverfahren gehen soll. Eine Entscheidung durch den Bundesrat werde für den Frühsommer 2002 erwartet.

Den Zeitplan für die Positivliste konnte das Bundesgesundheitsministerium (noch) nicht bestätigen. Unter dessen hat Ulla Schmidt die gemeinsame Selbstverwaltung von Ärzten und Krankenkassen zu einem Gespräch nach Berlin eingeladen, um über die gestiegenen Ausgaben im Arzneimittelbereich zu diskutieren. Mitte Juni sollen dann die Eckpunkte einer Arzneimittel-Rahmenvereinbarung vorliegen, sodass Zielvereinbarungen auf Bundes- und Landesebene geschlossen werden können.